



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ergänzende Klarstellung zur Sicherung des Meistervorbehalts im Rahmen von TTIP

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag
 - a) stellt fest, dass der Meistervorbehalt als Garant für Qualitätssicherung auf hohem Niveau, als stabiler Anker in wirtschaftlichen Krisenzeiten und als Grundlage für das weltweit beachtete duale Ausbildungssystem unbedingt zu schützen ist;
 - b) weist darauf hin, dass die Europäische Kommission als Führer der TTIP-Verhandlungen auf europäischer Seite schon in der Vergangenheit wiederholt versucht hat, nationale Regelungen über Zugangsschranken für regulierte Berufe zu beseitigen;
 - c) begrüßt und unterstützt nachdrücklich die spätere Initiative der Staatsregierung, im Rahmen der Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf eine ergänzende Klarstellung zu drängen, um unmissverständlich sicherzustellen, dass der Meistervorbehalt im Rahmen der zu verhandelnden gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen nicht angetastet wird.
2. Die Staatsregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen mündlich und schriftlich zu berichten, auf welche Weise und in welcher Form sie eine entsprechende Klarstellung bei den Verhandlungen über TTIP erreichen will.

Begründung:

Im Bericht aus der Kabinettsitzung vom 5. Mai 2015 konstatiert die Staatsregierung, der Meistervorbehalt werde durch TTIP nicht tangiert, wenngleich für eine ergänzende Klarstellung plädiert werde. Von existenzieller Bedeutung ist die Wahrung des Meistervorbehalts für das bayerische Handwerk. Dessen Skepsis gegenüber der verhandlungsführenden EU-Kommission, dass der Meistervorbehalt im Rahmen der Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung von Qualifizierungsnachweisen in reglementierten Berufen angetastet werden könnte, ist berechtigt. War sie es doch in der Vergangenheit, die immer wieder Initiativen ergriffen hat, die Meistervoraussetzungen im Handwerk zu schwächen, nicht zuletzt durch entsprechende Aufforderungen zu mehr Liberalisierung im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen. Der Landtag muss sich deshalb geschlossen im Interesse des bayerischen Handwerks hinter die Staatsregierung und ihr Vorhaben stellen, eine entsprechende Klarstellung im Rahmen der TTIP-Verhandlungen auf europäischer Ebene zu erreichen. Der geforderte Bericht soll dem Landtag detaillierte Auskunft über die konkreten Vorstellungen und das weitere Vorgehen in Bezug auf Form und Inhalt der geforderten ergänzenden Klarstellung geben.